

An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLINSON, POSTMASTER-GENERAL

85. Jahrgang.

Omaha, Neb., Mittwoch, den 30. Juli 1919.

4 Seiten.—Nr. 119.

## Vertrauensvotum für die Ebert-Regierung

### Einführung eines Staatstribunals zwecks Prozessierung von Personen, die den Krieg angeblich verschuldet haben sollen

#### Weshalb sich Friedensverhandlungen zerlegten

Weimar, 30. Juli. — Mit übermächtiger Mehrheit hat die Nationalversammlung der deutschen Regierung ein Vertrauensvotum ausgesprochen, nachdem sie vorher einen Antrag der Volkspartei, der Regierung ein Misstrauensvotum auszusprechen, mit 243 gegen 53 Stimmen abgelehnt hatte.

Die Nationalversammlung hat gegenwärtig eine Vorlage in Beratung, welche die Bildung eines Staatstribunals vorsieht, dessen Aufgabe es sein soll, die Ursachen des Krieges festzustellen und die Schuldigen ausfindig zu machen und zu prozessieren. Hervorragende deutsche Juristen und Historiker sollen Mitglieder dieses Tribunals sein. Der Minister des Innern, Dr. Ebnard David sagt, daß Deutschland ein derartiges Tribunal haben müsse, um den Alliierten bei Einführung eines Tribunals zuvorkommen. Unter dem gegenwärtigen Plan werden die Geheimdokumente zuerst veröffentlicht werden, dann diejenigen, die sich auf den Waffenstillstand beziehen und schließlich solche, die Bezug auf den Ausbruch des Krieges haben. „Die Wahrheit“, sagte Dr. David, „wird für manche schmerzhaft sein.“

Das Friedensangebot der Alliierten. Kopenhagen, 30. Juli. — Der Minister des Auswärtigen Dr. Hermann Müller verlas gestern in der Nationalversammlung die Depesche des britischen Botschafters am Vatikan an den päpstlichen Staatssekretär. Diefelbe wies kein Datum auf und lautet: „Wir haben bisher noch keine Gelegenheit gehabt, die Alliierten Botschafter vor dem Herrn Eminenz erhaltenen Note, in welcher Vorschläge über Bedingungen, die zu einem dauernden Frieden führen können, zu konsultieren. Unsere Meinung nach ist keine Möglichkeit vorhanden, das Ziel zu erreichen, solange die Generalmächte und deren Alliierten ihre Kriegsziele nicht offiziell bekannt gegeben und erklärt haben, wie viel Schmerzensgelder sie zahlen wollen und welche Garantien sie zu bieten gedenken, um die Welt gegen die Schrecken, wie wir sie gegenwärtig durchzumachen haben, zu schützen.“

Betrüß Belgien geben sie gar keine endgültige Erklärung über ihre Absichten ab; auch sagen sie nicht, ob sie Belgien die vollständige Unabhängigkeit geben wollen und Schadenersatz für zerstörtes Eigentum leisten wollen. Ungeachtet ist Ein. Eminenz von den Erklärungen der Note in Verantwortung der Note des Präsidenten Wilson unterrichtet. Weber Deutschland noch Dekretation. Ungaun haben derartige Erklärungen abgegeben. Ein Versuch, die Kriegführenden einander näher zu bringen, scheint vergeblich, so lange wir nicht die Punkte kennen, über welche deren Meinungen auseinander gehen.“

Nach Verlesung dieser Depesche ergriff Ministerpräsident Bauer das Wort; er griff die Konventionen an, erklärend, daß der frühere Kaiser sich in erheblichen Verschuldigungen überführt worden würde. „Die Wiedereinführung einer Monarchie in Deutschland ist unmöglich“, sagte er. „Ich werde zwei Sarcistitide belesen, eines von Reichskanzler Michaelis an v. Sindenburg unter dem 12. September 1917; ein anderes unter dem 15. September 1917 die Antwort Sindenburgs und ein Begleitendes Schreiben Rudendorfs enthaltend. Sie werden dann verstehen, weshalb keine endgültige Antwort hinsichtlich des Wiederkauzes Belgiens erteilt werden konnte.“

Dr. Bauer verlas dann Michaelis Note an Sindenburg: „In Uebereinstimmung mit den Wünschen des Oberkommandos habe ich die folgenden Grundideen für Friedensverhandlungen zwecks Schuß unseres Handels ausgearbeitet. Wir verlangen die Stadt Brütt und Umgebung. Belgien muß sich eng und konventionell mit Deutschland verbinden. Sobald Belgien alle unsere Forderungen hinsichtlich wirtschaftlicher Konnektion erfüllt hat, worüber mehrere Jahre nach Friedensschluß verhandeln müssen, dann nehmen wir an, daß militärische Maßnahmen nicht mehr nötig sein werden. Folglich wollen wir Lüttich nur vorläufig und als eine Art Pfandpfand behalten.“

Sindenburg antwortete in folgender Weise: „Ich weiß, daß in Marne und patriotischen Kreisen es als ein schwerer Schlag empfunden werden wird, wenn wir die Räfte Landwehrs aufgeben. Oekonomise Verbindungen mit Belgien können, ohne einen Druck auf Belgien auszuüben, nicht erzielt werden, auch nicht nach der Friedensklärung, und dann dürfen mehrere Jahre vergehen. Erfolgreich können wir in dieser Hinsicht nur dann sein, wenn England und Amerika Frankreich im Stich lassen. Falls wir Lüttich bestgen und in jeder Weise Herren der Situation sind, können wir die nötigen Maßnahmen ergreifen. Deshalb glaube ich nicht, daß wir Lüttich aufgeben sollten. Die beiden, welche von unseren Nachbarn ertragen werden müssen, sind die unausbleiblichen Folgen des Krieges unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Von Verzahlung von Schmerzensgeldern kann keine Rede sein; auch können wir unsere Absichten anderen Ländern nicht mitteilen.“

In Rudendorfs Memorandum heißt es: „Wir müssen den Distrikt (Lüttich) fest in Händen halten. Der alleinige Besitz der Maaslinie genügt nicht. Die Franzosen und Briten müssen noch weiter zurückgetrieben werden. Nur dadurch kann Belgien gesungen werden, wirtschaftlich mit uns verbunden zu werden. Dieses aber kann nur dann geschehen, wenn wir einen schweren militärischen Druck ausüben. Ohne eine längere Okkupation und den Besitz Lüttichs ist Belgiens Neutralität ein Wohngebäude, mit dem man nicht rechnen kann.“

## Streikbeilegung in Chicago erwartet

### Die angebotene Lohnerhöhung von 67 Prozent soll in Wiedererwägung gezogen werden.

Chicago, Ill., 30. Juli. — Der einstufige Teil der Beamten der 15,000 streikenden Angestellten der hiesigen Straßen- und Hochbahnen beabsichtigen heute eine allgemeine Abstimmung über den herrschenden Ausstand abzuschließen, um festzustellen, ob die öffentlichen Verkehrsmittel der Stadt auch weiterhin lahmgelegt bleiben sollen.

## Die Legislatur in Extra-Sitzung

### Gouverneur McKelvie empfiehlt Ratifizierung des Frauenstimmrechts-Amendments.

Lincoln, Neb., 30. Juli. — Die Nebraska Legislatur versammelte sich Dienstag zu einer Extra-Sitzung, zu welcher sie Gouverneur McKelvie einberufen hat, um das National-Frauenstimmrechts-Amendement gutzuheißen. Der Gouverneur erwiderte dem Parlamentarier, daß er sich nicht für ein Referendum zur Abstimmung erledigen. Seiner Aussage zufolge sind 300 radikale Mitglieder der Vereinigung für die pöblichen Streikverfugung, welche ohne vorhergehende Warnung an das Publikum erlassen wird und wobei auch eine angebotene Lohnerhöhung von 67 Prozent ausgeschrieben wurde, verantwortlich. Heute kam auch der internationale Schachmeister der Organisation der Straßenbahnangeestellten, wird sofort die nötigen Vorarbeiten für eine Referendum Abstimmung erledigen. Seine Aussage zufolge sind 300 radikale Mitglieder der Vereinigung für die pöblichen Streikverfugung, welche ohne vorhergehende Warnung an das Publikum erlassen wird und wobei auch eine angebotene Lohnerhöhung von 67 Prozent ausgeschrieben wurde, verantwortlich.

## Chicago Rassenkampf anscheinend beendet

### Umfassende Maßnahmen getroffen, um dessen Wiederanfang zu verhindern.

Chicago, Ill., 30. Juli. — Allen Anschein nach ist der Rassenkampf, welcher vor einigen Tagen hier an einem Badestrand seinen Anfang nahm, im Abflauen begriffen und Bürgermeister Thompson, sowie Polizeichef Garrity sind der festen Ueberzeugung, daß die den städtischen Behörden zur Unterdrückung der Unruhen zur Verfügung gestellten Nationalgardebitten, von denen gegenwärtig 5,600 Mann in der Stadt bereitgehalten werden, nicht zur Verwendung kommen werden.

# Der amerikanisch-französische Vertrag

### Durch denselben wird Amerika gebunden, Frankreich zu helfen, gewisse Vorbehalte dürften demselben einverleibt werden

#### Bemerkenswerte Rede des Senators Thomas

Washington, 30. Juli. — Die Ueberbreitung des Wortlauts des Vertrages mit Frankreich bringt Untersuchende zutage von dem Inhalt des Vertrages, der in der Staaten Zeitungen am 2. Juli wiedergegeben wurde. Damals hieß es, daß die Ver. Staaten „einwilligen“, Frankreich zu unterstützen. Aus dem offiziellen Text aber geht hervor, daß die Ver. Staaten „sich verpflichten“, Frankreich zu helfen.

Washington, 30. Juli. — Falls der Friedensvertrag mit Deutschland ein erzwingender ist, dann wird die Völkertage nicht bestehen. Soll diese aber vom Bestand bleiben, dann müssen die Säuren des Vertrags gemildert werden.“ So äußerte sich gestern Senator Thomas von Colorado. Thomas ist ein hervorragender demokratischer Führer, der in der Völkertage bisher eine „zweifelhafte Stellung“ eingenommen hatte. Wie er selbst sagt, weiß er heute noch nicht, ob er für Ratifizierung der Völkertage stimmen werde. Tags zuvor hatte er eine Konferenz mit dem Präsidenten Wilson. Thomas sagte: „Die Annahme, daß durch die Liga ein dauernder Friede hergestellt wird, ist illusorisch, denn keine Liga oder Vertrag kann bestehen, außer die Menschheit ändert sich. Weder das Schachan noch die Liga räumt die Gefahr kaufmännischer Rivalität, die Kriege herbeibringt, aus dem Wege.“

Das Großbritanien, Frankreich, Japan, Italien und andere Nationen um ihren Lippen wohl die Liga angenommen haben, aber dennoch Gebietsweiterungen anstreben, obwohl dieses den Prinzipien der Liga siraas zuwiderläuft. Daß Deutschland, jetzt für vogel-

## Ein Amendement zur Konstitution

Washington, 30. Juli. — Abgeordneter James von Michigan reichte gestern im Hause ein Amendement zur Konstitution ein, welches vorgeschreibt, daß es dem Präsidenten nicht gestattet ist, amerikanische Soldaten außer Landes zu senden um Befehle eines internationalen Tribunals oder Gerichtes, wie die Völkertage, auszuführen.

## Verlangen Verkauf der Armeevorräte

Washington, 30. Juli. — Nach einer den ganzen Tag dauernden Sitzung nahm das Abgeordnetenhaus gestern eine Resolution an, wie sie vom Kriegsunterforschungsausschuss einberichtet wurde, in welcher Sekretär Baker aufgefordert wurde, alle überschüssigen Armeevorräte an Ausrüstungsmittel unverzüglich in den Handel zu bringen. Diefelben werden auf etwa \$120,000,000 bewertet. Die Debatten darüber waren sehr hitzig und bewegten sich streng in Parteilinien. Republikaner beschuldigten Sekretär Baker in Bezug auf das Zurückhalten dieser riesigen Armeevorräte, wobei die Demokraten antworteten, daß durch den plötzlichen Verkauf derselben ein großer Preissturz verursacht worden wäre, der wahrscheinlich eine Geldpanik im Gefolge gehabt hätte. Sienau wäre Sekretär Baker zweifellos wegen Verletzung der Amtsgewalt in den Ankaufsgeschäften gefehlt worden. Der republikanische Repräsentant Reavis von Nebraska griff die Regierung bezüglich der bisherigen Zurückhaltung der Armeevorräte besonders heftig an.

## Derübt Selbstmord, betrügt den Galgen

Creton, So., 30. Juli. — Roy Emerson, des Muttermordes schuldig befunden und einer Bürgschaft von \$15,000, einwilligen auf freiem Fuß belassen, beging heute morgen um 4 Uhr bei Stillerton Selbstmord, indem er sich mit seinem Gürtel erhängte. Roy Emerson löste am 6. Mai seine Mutter, indem er sie erschlug und sie dann den Elevator schied hinab warf. Er wurde von Creton nach Mt. Airy gebracht, da seine Bürgen nicht länger für ihn haltbar bleiben wollten. Deputy Sheriff Spanner sollte ihn in einem Automobil nach Mt. Airy bringen. Unterwegs mußte etwas an der Maschine in Ordnung gebracht werden und Emerson wurde gestattet, sich frei zu bewegen. Er spazierte unter einer Brücke nahebei und erhängte sich an seinen Gürtel. Ein Inzucht wurde sofort gehalten.

## Angarn verlangen neue Regierungsform

Berlin, 30. Juli. — Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Budapest gemeldet wird, sprachen ungarische Volkskommissare bei Oberst Cunningham, dem Vertreter der Alliierten vor und erkundigte sich bezüglich der Stellungnahme derselben zu einer eventuellen friedlichen Abänderung der Soviet- und Aufhebung einer neuen Regierung. Der Vorschlag wurde dem obersten Rat in Paris zur Begutachtung übermiltelt.

## Größere Beiträge in Küstlhäusern

Washington, 30. Juli. — Das Ackerbau-Departement berichtet, daß sich gegenwärtig in den Küstlhäusern des Landes ein bedeutend größerer Vorrat an Futter und Eiern befindet, als dies zur gleichen Zeit im letzten Jahre der Fall war. Berichten von 302 Küstlhäusern zufolge hielten dieselben letztes Jahr 69,202,000 Pfund Futter vorrätig; gegenwärtig haben sie 108,805,000 Pfund derselben. Am 15. Juli dieses Jahres hatten sie 7,670,000 Küken Eier eingelagert, während letztes Jahr zur gleichen Zeit nur 6,292,000 Küken vorrätig waren.

## Amerika als Mutter der Baien.

Paris, 30. Juli. — Amerika ist die Pflegemutter von 18,000 Baien in Armenien. 28 Waisenhäuser sind in Armenien errichtet worden, die alle unter American Obhut und Leitung stehen. Es sind 15,000 Waisen in der Gegend von Erivan und 3,000 in Georgien untergebracht. Das amerikanische Fürsorgekomitee hat sich verpflichtet, für alle 18,000 Waisen in Armenien zu sorgen und die Kosten zu tragen.

## Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich Schauer heute abend und Donnerstag; etwas kühler heute abend. Kälter am Donnerstag. Für Nebraska — Genügend Regen und kühler heute abend. Donnerstag unbestimmtes Wetter mit Schauer und kühler in östlichen und südlichen zentralen Teilen. Für Iowa — Schauer, wahrscheinlich heute abend und Donnerstag. Kälter Donnerstag und in östlichen und zentralen Teilen spät heute abend. Unsere Lebensmittelmärkte werden sicher immer noch nicht zu wissen, daß in Verlaufsfrische der Woche sind, die sie fordern nach wie vor Kriegspreise.

## Apfelwein auch verboten.

Washington, 30. Juli. — Der Justizauschuss des Senats hat mit der Beratung des Prohibitionsbuchführungsgesetzes begonnen. Die bisher beschlossenen Änderungen machen die Vorlage noch darfsicher, als sie das Haus verlassen hat. Die Erlaubnis, Apfelwein und leichte Weine zu Hause für eigenen Gemut herzustellen, ist getrichen worden. Die Bestimmung, daß Getränke nicht mehr als 1/2 Prozent Alkohol enthalten dürfen, ist stehen geblieben.